

Rede
zur Einbringung des
Ergebnis- und Investitionsplanes 2009 – 2012
am 10. Dezember 2008

Stadtkämmerer Werner Lütkeemeier

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaft in Deutschland befindet sich zum Schluss des jetzt zu Ende gehenden Jahres 2008 in einer Rezession, die schwerer ausfällt als allgemein befürchtet worden war. Die Ursachen für die Konjunkturschwäche sind vielfältig. Sie reichen von der geringeren globalen Wachstumsdynamik und dem lange Zeit festen Euro, über die zwischenzeitlich steil in die Höhe geschossenen Rohöl- und Rohstoffpreise bis zur zunehmend restriktiveren Geldpolitik. Verstärkt wurden die Abwärtskräfte durch die intensivierte Finanzmarktkrise, die nach jüngsten Aussagen des EZB-Präsidenten Trichet inzwischen auf die Realwirtschaft übergegriffen hat. Die Finanzmarktkrise nahm ihren Ausgang in den USA und erreichte über die Verflechtungen im internationalen Finanzsystem auch Deutschland. Sie wirkt sich nicht nur auf Kreditinstitute aus, sondern hat Folgen auch für Unternehmen, Verbraucher sowie öffentliche Haushalte.

Die Kommunen sind in mehrfacher Hinsicht betroffen, insbesondere auf der Ertragsseite ihrer Haushalte sowie als Träger der Sparkassen. Allerdings lassen sich augenblicklich die Auswirkungen für eine einzelne Kommune nicht konkret erfassen. Deshalb sind die Kalkulationen insbesondere auf der Ertragsseite und ganz besonders bei den Erträgen aus Steuern mit deutlicher Zurückhaltung vorzunehmen. Auf der anderen Seite darf und sollte die Finanzmarktkrise nicht zu übertriebenem Pessimismus und Resignation führen.

In dieser Situation sind insbesondere die Kommunen gefordert, ihre Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, zu stärken um damit die Voraussetzungen zu einer positiven Entwicklung der örtlichen Wirtschaft zu schaffen. Zum anderen könnten kommunale Investitionen wieder Impulsgeber für die konjunkturelle Entwicklung im Lande werden. Denn mit knapp zwei Dritteln stellen die Kommunen den überwiegenden Anteil der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland bereit. Investitionen setzen allerdings eine entsprechende finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune voraus. Trotz steigender Steuereinnahmen und Landeszuweisungen ist dies bei vielen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen aber nicht der Fall.

Ich denke, dass die Stadt Rheine schon in der Vergangenheit gute Grundlagen zur Sicherung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit geschaffen hat. Die Anstrengungen, die wir hierfür in letzter Zeit unternommen haben hat

Frau Dr. Kordfelder Ihnen eben nachdrücklich geschildert. Wir dürfen auch in Zukunft nicht nachlassen. Die Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit unserer Stadt muss weiterhin auch bei allen zukunftsgerichteten Herausforderungen und Entscheidungen – und an die mangelt es ja wahrlich nicht; ich nenne hier nur wenige Beispiele: Bildung, Betreuung, Klimaschutz und Demographischer Wandel – gewährleistet sein. Bei den gegenwärtigen Rahmenbedingungen wird es für die Kommunen und damit auch für die Stadt Rheine allerdings immer schwieriger, diesem Anspruch tatsächlich gerecht zu werden. Ich verweise hier nur auf die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen im Hinblick auf die zunehmenden Anforderungen insbesondere im Sozialen Bereich. Hierauf komme ich später noch einmal zurück.

Sie sehen: die Anforderungen für die kommunale Haushaltswirtschaft sind unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen noch schwieriger geworden als sie ohnehin schon waren. Das drückt sich auch in dem Ihnen heute vorgelegten Entwurf des Haushalts- und Investitionsplanes der Stadt Rheine für 2009 – 2012 aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
bevor ich Ihnen gleich einen Überblick über den Ergebnis- und Investitionsplan 2009 – 2012 gebe, gestatten Sie mir zunächst noch einen kurzen Blick auf das Aufstellungsverfahren.

Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012

Verfahren

- Vorbereitung Eckdatenbeschluss durch den Kämmerer
- Eckdatenbeschluss Verwaltungsvorstand (05. Sept. 2008)
- Eckdatenbeschluss HFA (14. Okt. 2008)
- Aufstellung durch Fachbereiche und Kämmerer
- Feststellung durch Bürgermeisterin (04. Dez. 2008)
- **Einbringung in den Rat (09. Dez. 2008)**
- Beratung durch die Fachausschüsse (Febr. 2009)
- Eckdatenüberprüfung durch HFA (10. März 2009)
- Verabschiedung durch den Rat (31. März 2009)

Die Vorbereitungen zur jetzt eingebrachten Entwurfsplanung haben bereits im letzten Sommer begonnen. Auch wenn die formale Feststellung des Entwurfes durch die Bürgermeisterin (erst) am 04. Dezember 2008 erfolgte, konnten nicht alle bis zu diesem Tag eingetretenen Auswirkungen und Veränderungen, z.B. durch Gremienbeschlüsse, in dem Ihnen nun vorgelegten Entwurf noch berücksichtigt und aufgenommen werden. Das gilt auch für die Auswirkungen aus den Wirtschaftsplänen der städtischen Unternehmen und Betriebe. Einige stehen ja heute noch zur Beschlussfas-

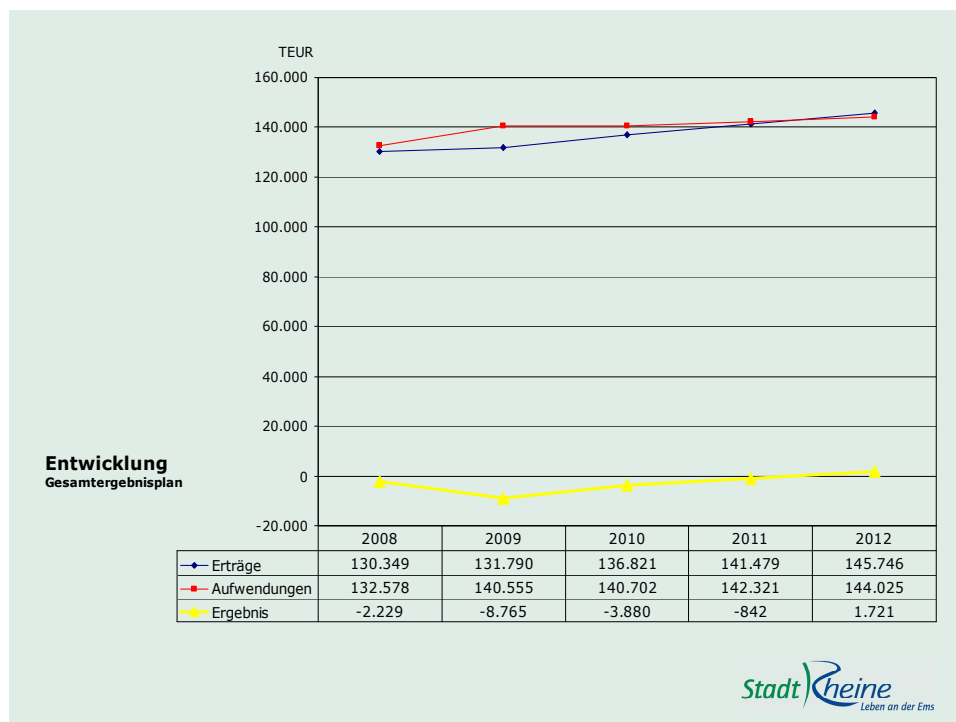
sung an. Ihnen ist bekannt, dass daraus, summarisch betrachtet, jedenfalls keine Entlastungen zu erwarten sind. Wir werden also – wie in jedem Jahr – noch einige Dinge im weiteren Verfahren „einbauen“ müssen.

Wesentliche Grundlage für die Aufstellung des Entwurfes der Ergebnis- und Investitionsplanung 2009 – 2012 waren die Eckdatenbeschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 14. Oktober 2008. Diese wurden soeben von der Bürgermeisterin noch einmal verdeutlicht.

Wir haben darüber hinaus wesentliche weitergehende Erkenntnisse, die sich aus den Ergebnissen der November-Steuerschätzung und aus der Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2009 ergaben, eingearbeitet. Auch Einzelanpassungen, wie beispielsweise Korrekturen der Abschreibungen und der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die sich im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz ergaben, wurden über den Eckdatenbeschluss hinaus in den Entwurf eingearbeitet. Der Ihnen vorliegenden Sachdarstellung sind alle übrigen Anpassungen zu entnehmen.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass der Jahresabschluss für 2007 noch nicht endgültig fertig gestellt ist und insofern die in der Spalte „Ergebnis 2007“ dargestellten Werte dem aktuellen Stand entsprechen. Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten und Rechnungsabgrenzungsposten konnten augenblicklich noch nicht eingebucht werden.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich nun den Ergebnisplan vorstellen und erläutern!

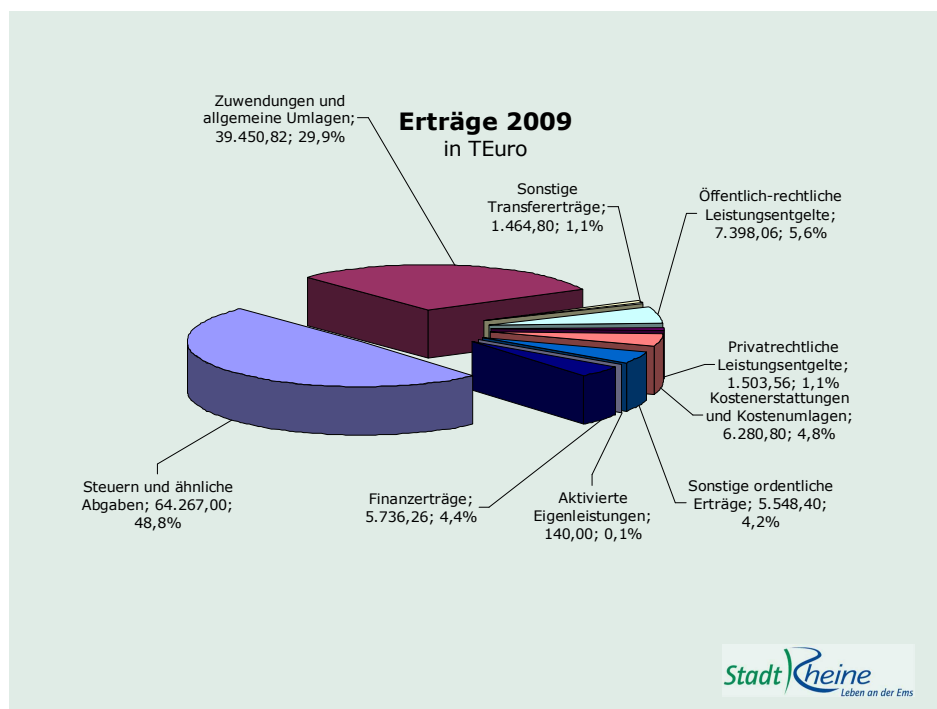


Die im kommenden Jahr erwarteten Erträge sind nach dem Gesamtergebnisplan mit 131,8 Mio. Euro ausgewiesen. Dem stehen Aufwendungen in

Höhe von 140,5 Mio. Euro gegenüber. Daraus ergibt sich für 2009 ein Fehlbetrag in Höhe von 8,8 Mio. Euro. Der Eckdatenbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses ging noch von einem Fehlbetrag in Höhe von 9,5 Mio. Euro aus. Demgegenüber ist inzwischen eine leichte Verbesserung zu verzeichnen. Die bisherige Finanzplanung wies allerdings für 2009 noch einen leichten Überschuss in Höhe von 0,4 Mio. Euro aus. Im Vergleich hierzu hat sich inzwischen eine Verschlechterung in Höhe von 9,2 Mio. Euro ergeben.

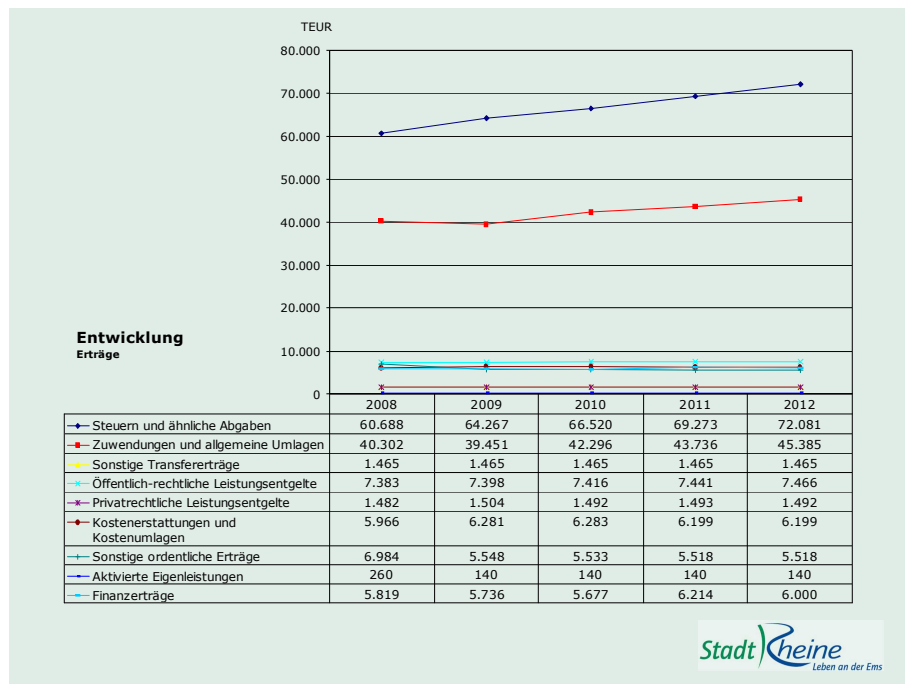
Auch in den nächsten zwei Jahren werden wir voraussichtlich nicht von einem ausgeglichenen Haushalt ausgehen können. Wir werden daher länger als noch im letzten Jahr angenommen auf den „Silberstreif“ am Horizont warten müssen. Die Fortsetzung des bisherigen Konsolidierungskurses ist unabdingbar.

Ich möchte Ihnen nun zunächst die Ertragsseite darstellen.



Die Steuern und ähnlichen Abgaben stellen mit 64,3 Mio. Euro und 48,8 % die wesentlichste Ertragsquelle der Stadt Rheine dar. Daneben bilden die Erträge aus Zuwendungen mit 39,5 Mio. Euro oder 29,9 % die zweite wichtige Stütze für den städtischen Haushalt. Diese beiden Ertragsarten finanzieren zu fast 80 % den städtischen Haushalt.

Schauen wir uns nun die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten an.

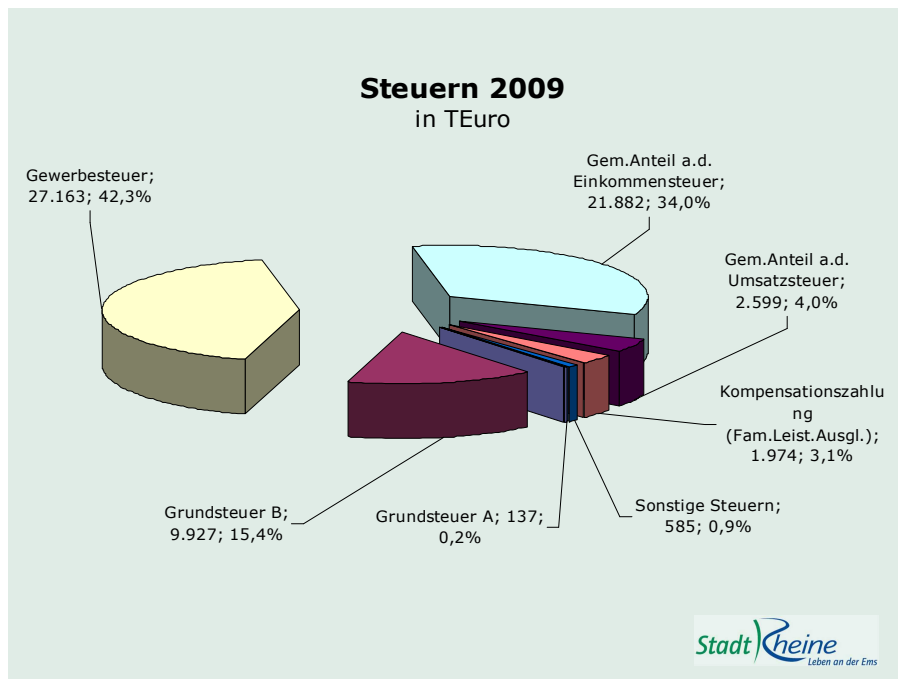


Die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben verbessern sich gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Mio. Euro oder 6 %. Die Erträge aus Zuwendungen gehen gegenüber dem Vorjahr allerdings leicht um 2 % zurück.

Die sonstigen ordentlichen Erträge vermindern sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. Euro auf jetzt 5,5 Mio. Euro. Ursächlich hierfür ist die nicht mehr mögliche sofortige ertragswirksame Auflösung der allgemeinen Investitionspauschale. Sie ist nunmehr konkreten Anlagegütern zuzuordnen und zeitgleich mit den Abschreibungen aufzulösen.

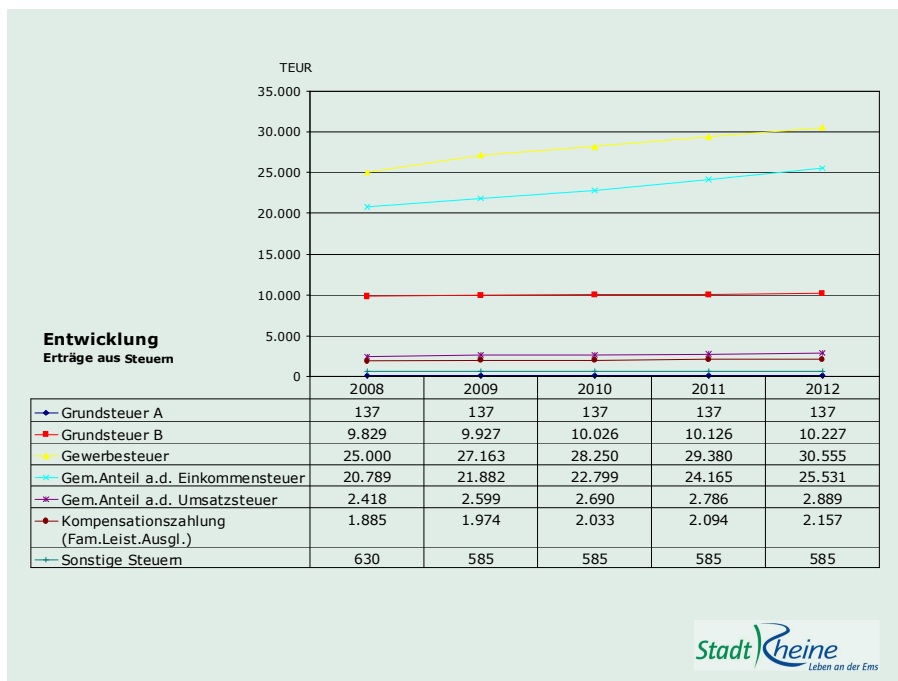
Die übrigen Ertragspositionen entwickeln sich nur sehr verhalten.

Werfen wir nun einen kurzen Blick auf die erste wichtige Säule des städtischen Haushalts, die Steuern.



Aus dieser Grafik wird deutlich, dass 42,3 % der Steuererträge über die Gewerbesteuer erzielt werden. 34,0 % kommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Diese beiden Steuern machen also rund zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens der Stadt Rheine aus. Das sind aber auch die Erträge, die ausschließlich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind!

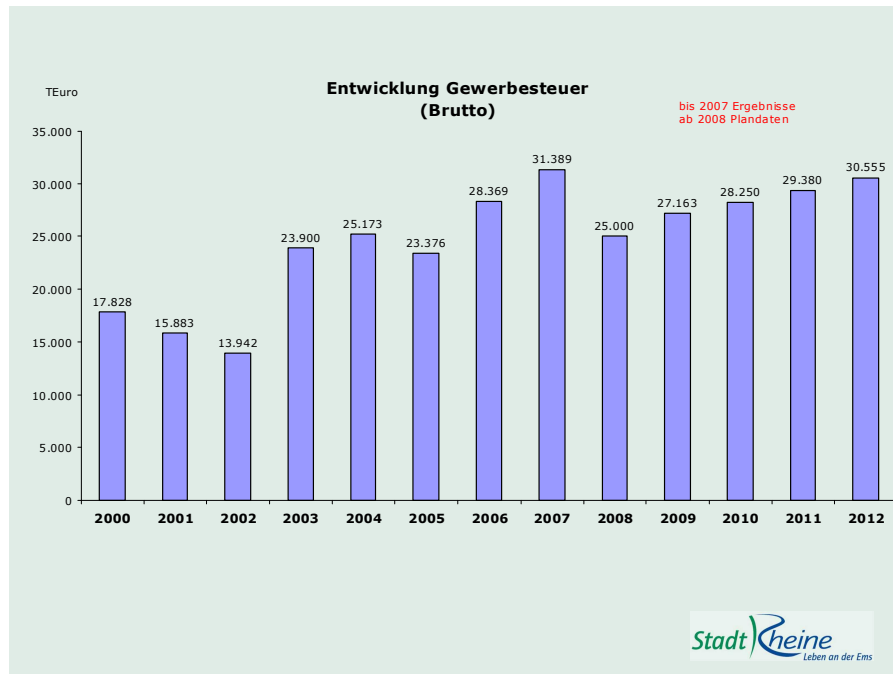
Schauen wir uns nun die Entwicklung der Erträge aus Steuern an.



Den Ansatz der Gewerbesteuer hatten wir für das Jahr 2008 noch unterhalb des Ansatzes für 2007 veranschlagt. Seinerzeit erwarteten die Steuerschätzer eine spürbare Abschwächung der Aufkommensdynamik. Deutliche Reduzierungen wurden durch die Unternehmenssteuerreform 2008

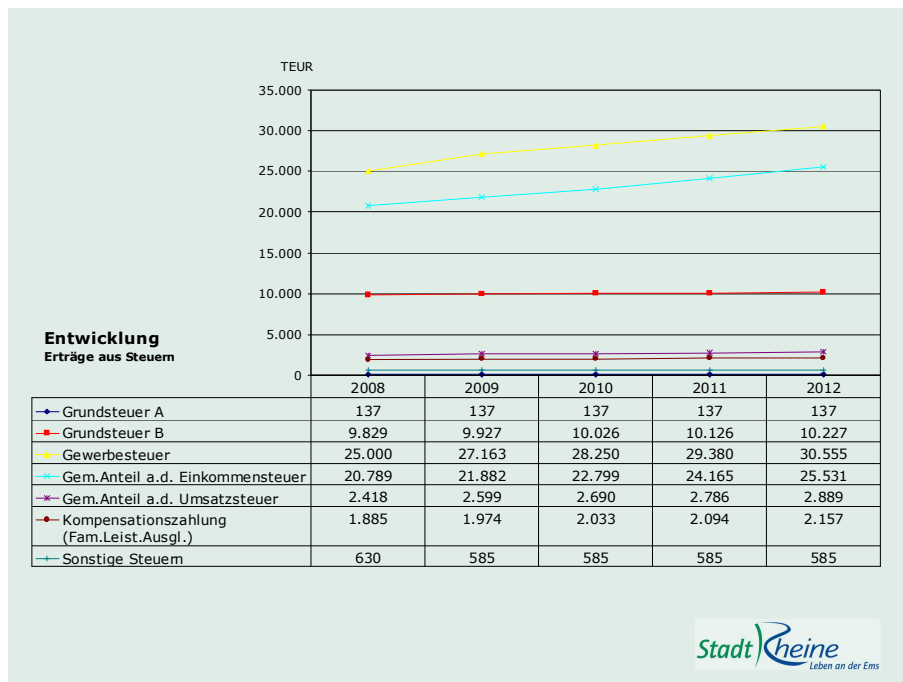
erwartet. Die tatsächliche Ertragsentwicklung stellt sich rückblickend betrachtet für 2008 aber deutlich besser dar. Derzeit liegen die Steuerfestsetzungen bei knapp 28 Mio. Euro.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Rückblick auf die Ertragsentwicklung der Gewerbesteuer.



Sie sehen, dass die Erträge aus der Gewerbesteuer 2002 ihren Tiefpunkt erreicht hatten. Seither ist eine dynamische Entwicklung zu verzeichnen, die ihren Höhepunkt im Jahr 2007 erreichte. Auch im ersten Halbjahr 2008 war die Dynamik noch ungebrochen. Das drückt sich auch in Vergleichen aus. So lag die Steigerungsrate bei den Gewerbesteuererträgen für die Stadt Rheine im Referenzzeitraum des GFG 9 % über der landesweiten Steigerungsrate. Auch diese Daten dokumentieren die außergewöhnlich gute wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen in unserer Stadt. Ihnen gilt an dieser Stelle unser besonderer Dank!

Ausgehend von der Entwicklung dieses Jahres haben wir den Ansatz für das kommende Jahr mit 27,163 Mio. Euro vorgesehen.

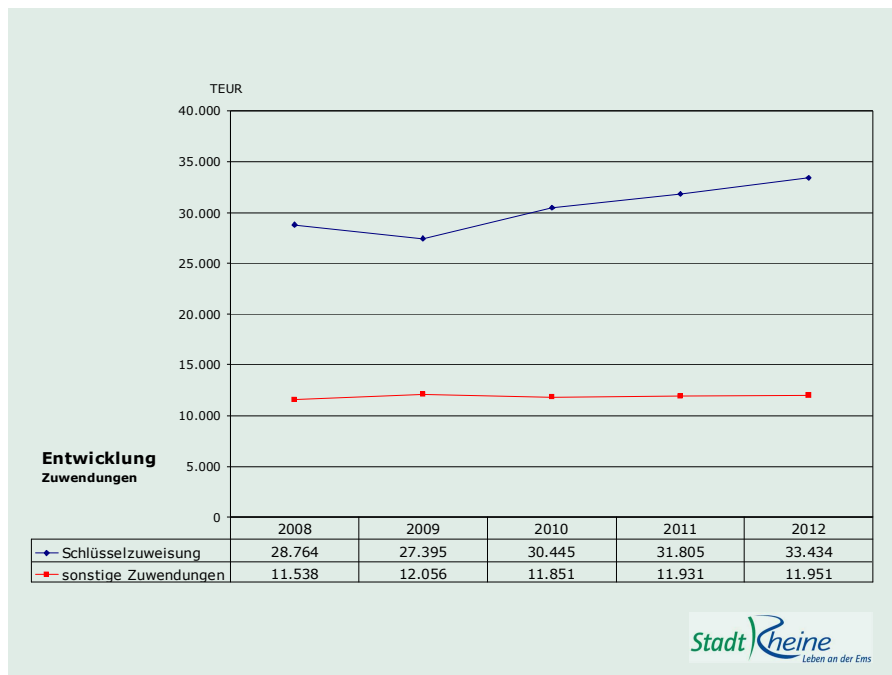


Die Ansätze für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer basieren auf den neuen Schlüsselzahlen und den Ergebnissen der regionalisierten November-Steuer-schätzung. Die weitere Entwicklung wurde weitgehend unterhalb der Orientierungsdaten des Landes geplant.

Die Kompensationszahlung für die Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs wurde auf der Basis des vom Land vorgegebenen Gesamtbetrages von 575 Mio. Euro und der für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer maßgebenden Schlüsselzahl errechnet.

Die Grundsteuern und die sonstigen Steuern (Hundesteuer, Vergnügungssteuer) wurden auf der Basis der derzeitigen Entwicklung geplant.

Wenden wir uns nun den Erträgen aus Zuwendungen zu.



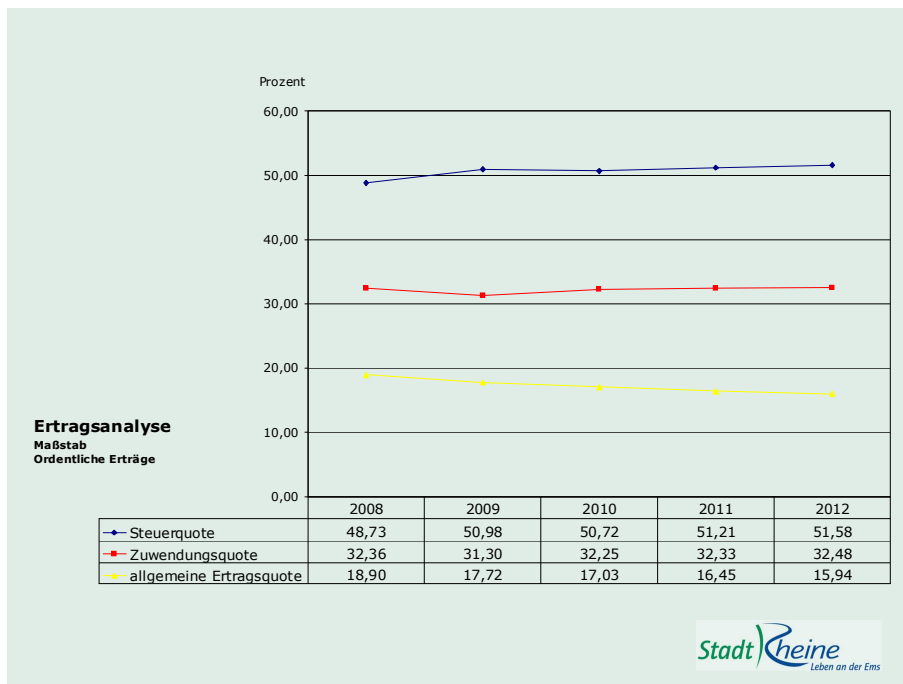
An dieser Grafik wird deutlich, dass 70 % dieser Erträge auf die Schlüsselzuweisung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) entfallen. Die Schlüsselzuweisung wurde von uns auf der Basis der Ergänzungsvorlage zum GFG 2009 berechnet. Inzwischen liegt die 2. Proberechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) vor. Nennenswerte Abweichungen zum angesetzten Betrag gibt es nicht.

Gegenüber dem Vorjahr vermindert sich die Schlüsselzuweisung um knapp 1,4 Mio. Euro oder 4,7 %, obwohl die Schlüsselmasse sich mit der Ergänzungsvorlage zum GFG um 5,3 % erhöht hat. Das liegt daran, dass die maßgebenden Steuerkraftzahlen der Stadt Rheine, hauptsächlich bedingt durch die eingangs bereits erläuterte Entwicklung der Gewerbesteuer, mit + 9,7 % deutlich über dem Landesdurchschnitt von + 3,7 % gestiegen sind.

Bei der Kalkulation der folgenden Jahre haben wir uns an den Orientierungsdaten des Landes orientiert, sind aber auch hier von deutlich geringeren Zuwachsraten ausgegangen.

In diesem Zusammenhang ist deutlich zu machen, dass Zuweisungen nach dem GFG ausschließlich aus den Steuereinnahmen des Landes, hauptsächlich aus der Körperschaftsteuer und der Lohn- und Einkommensteuer, finanziert werden. Steuererträge also, die ebenfalls unmittelbar mit der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind. Und gerade diese kann unter den augenblicklichen Rahmenbedingungen niemand auch nur annähernd voraussagen. Die Planungen zur künftigen Entwicklung der Schlüsselzuweisungen sind folglich auch mit hohen Unsicherheiten behaftet.

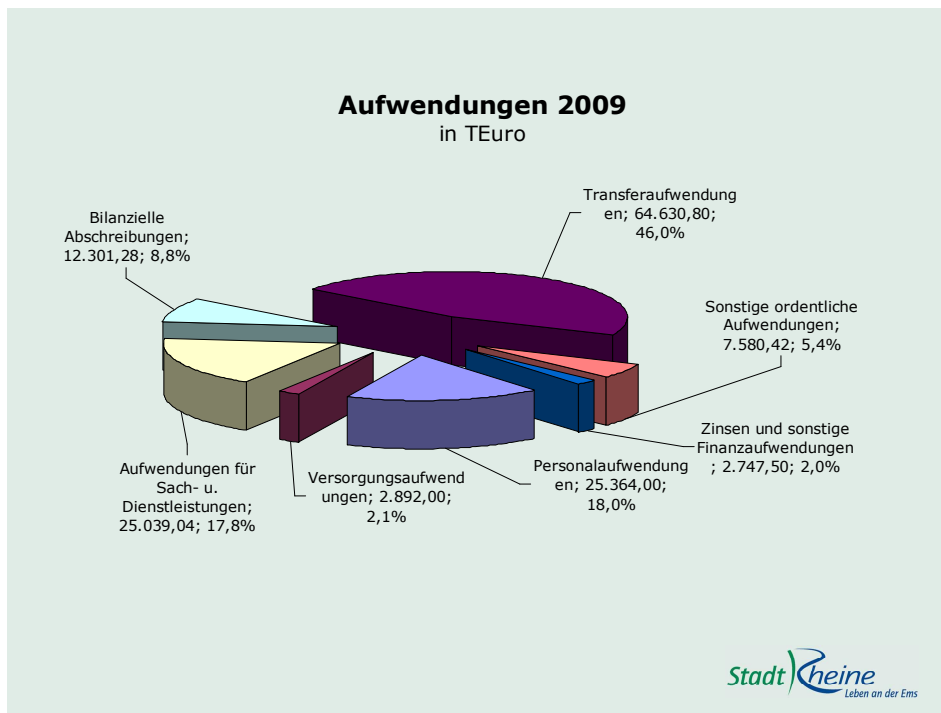
Mit der folgenden Grafik



möchte ich Sie in Form einer Analyse auf folgendes aufmerksam machen: Mehr als 82 % der ordentlichen Erträge der Stadt basieren auf Erträge aus Steuern und Zuweisungen.

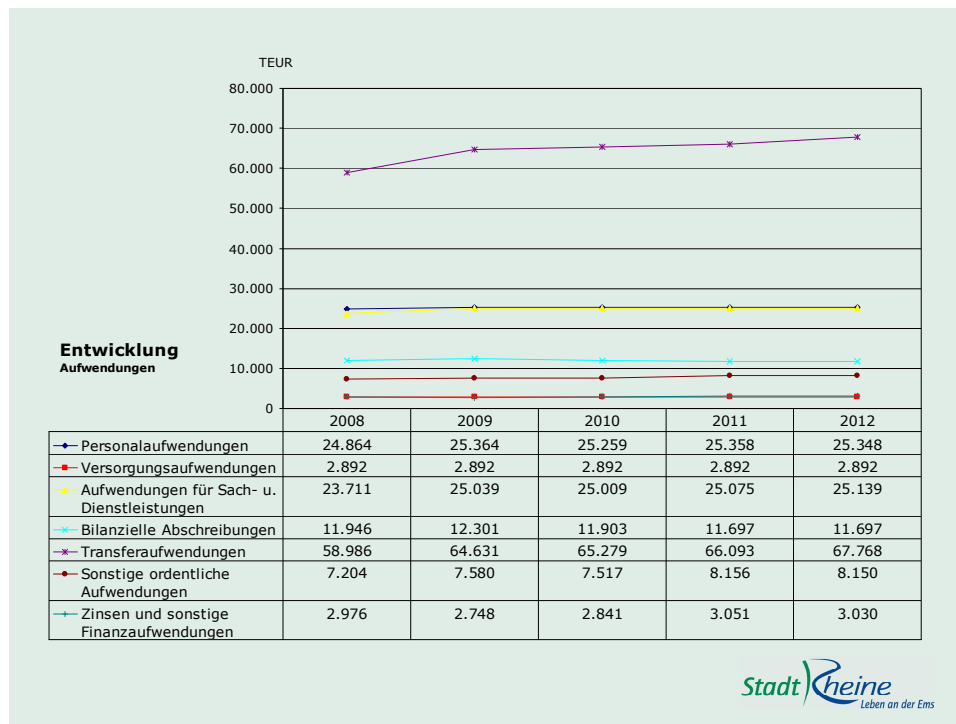
Ich habe Ihnen soeben verdeutlicht, dass gerade diese Erträge weitestgehend und unmittelbar von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung abhängen, die durch die Stadt – wie wir augenblicklich sehr leidvoll erfahren – direkt nur sekundär beeinflusst werden kann. Abgesehen von der Gestaltung der Hebesätze für die Realsteuern wird hieran deutlich, welchen begrenzten Spielraum eine Kommune zur unmittelbaren Gestaltung der Ertragsseite überhaupt hat.

Wenden wir uns nun den Aufwendungen zu.



Mit 64,6 Mio. Euro oder 46 % bilden die Transferaufwendungen mit Abstand den größten Aufwandsblock im städtischen Ergebnishaushalt. Tendenz: weiterhin schnell steigend! Wie bisher stellen die Personalaufwendungen mit 25,4 Mio. Euro oder 18,0 % den zweitgrößten Aufwandsblock dar. Dicht gefolgt von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 25 Mio. Euro oder 17,8 %. Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf aktualisierter Basis mit 12,3 Mio. Euro oder 8,8 % angesetzt. Dem Aufwandsposten stehen auf der Ertragsseite 5,3 Mio. Euro durch die Auflösung von Sonderposten gegenüber.

In der nachfolgenden Grafik haben wir Ihnen die Entwicklung der Aufwendungen in der Zeitreihe dargestellt.



Mit wenigen Ausnahmen entwickeln sich die Aufwendungen relativ verhalten. Das gilt auch für den Personalaufwand, eine Aufwandsart, die in jeder Organisation immer im besonderen Blickpunkt steht. Der Personalaufwand erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um exakt 0,5 Mio. Euro oder knapp 2 %.

Zu berücksichtigen ist, dass dieser Steigerungsbetrag auch die Aufwendungen für folgende unabdingbar notwendige und von Ihnen bereits beschlossene neue Personalstellen beinhaltet: 4 Brandmeisteranwärter/innen, 1 befristete Stelle im Bereich der Gebäudewirtschaft und 2 Stellen (teilweise befristet) aufgrund des novellierten Wohngeldrechtes. Schließlich sind die Honorarzahlgungen an Seminarleiter der VHS, die im Zusammenhang mit den eingeplanten höheren Erträgen aus den Seminar-entgelten stehen, zu berücksichtigen. Summarisch betragen die zusätzlichen Aufwendungen hierfür 232 TEuro. Dies macht 0,9 % des Gesamtpersonalaufwandes aus.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Mio. Euro oder 5 %. Hier schlagen sich insbesondere die gestiegenen Energiekosten nieder. Daneben sind vielfältige Aufwandssteigerungen durch bezogene Leistungen im Unterhaltungsbereich zu verzeichnen.

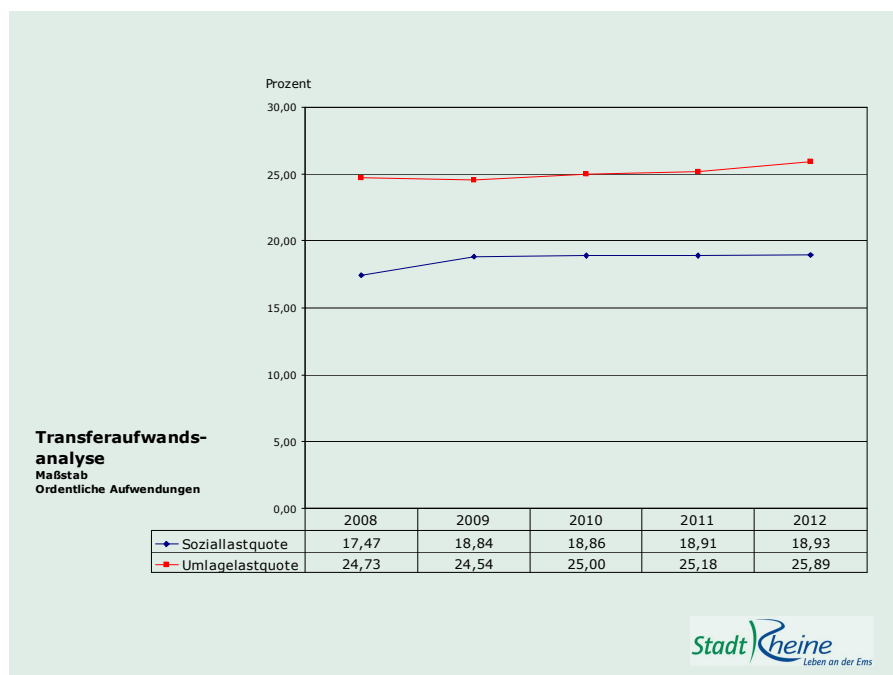
Die Abschreibungen sind um 0,4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist u.a. auch auf Korrekturen zurückzuführen, die sich im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz als notwendig erwiesen haben.

Die Transferaufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Mio. Euro oder 8,7 %. Das ist absolut die höchste Aufwandssteigerung im Haushalt 2009.

Auch die Aufwandsseite haben wir analysiert und bestimmte Aufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen gesetzt.

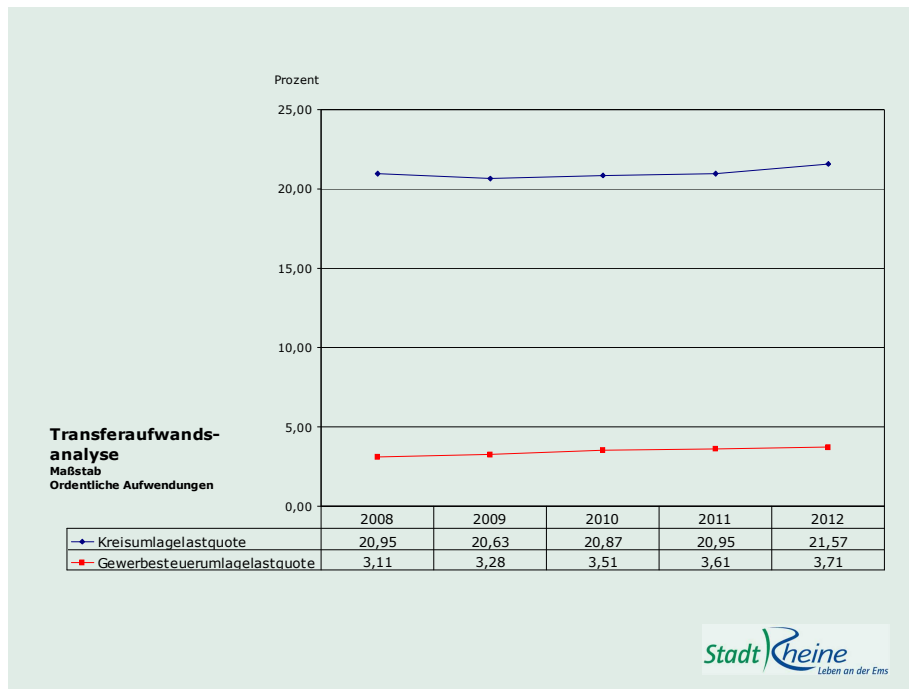


Das Bild verdeutlicht, dass mit Ausnahme der Transferaufwendungen die Quote aller übrigen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Inzwischen geben wir fast die Hälfte aller Aufwendungen für Transferleistungen aus. Wie ich eingangs bereits sagte: mit stark zunehmender Tendenz.



Durch diese Grafik wird erkennbar, wie sich die Transferaufwendungen zusammensetzen und wie sich die einzelnen Bestandteile in die Zukunft

hinein entwickeln. Die eigene Soziallastquote ist deutlich gestiegen; die Transferaufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich mussten im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Mio. Euro auf jetzt knapp 26 Mio. Euro erhöht werden. Über die Gründe ist im Fachausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss mehrfach berichtet worden. Ursachen hierfür sind deutliche Mehrbedarfe insbesondere bei den Erziehungshilfen und bei der Umsetzung des neuen Kinderbildungsgesetzes – Kibiz.



Die Umlagelast setzt sich zusammen aus der Kreisumlage und aus der Gewerbesteuerumlage.

Knapp 21 % unserer Aufwendungen oder 44 % unserer Erträge aus Steuern, das sind nach unserer jetzigen Berechnung im kommenden Jahr 28,4 Mio. Euro, gehen über die Kreisumlage an den Kreis Steinfurt. Dabei haben wir den augenblicklichen Hebesatz von 32,4 v.H. angesetzt. Bei der Eckdatenberatung hatten wir mit einem reduzierten Hebesatz von 31,9 v.H. gerechnet. Der jetzt in unserer Kalkulation angesetzte Hebesatz von 32,4 v.H. entspricht der Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister zum Kreishaushalt. Insofern ist die jetzt vorgenommene Anpassung konsequent. Der Landrat hat allerdings in seinem Haushaltsentwurf eine Erhöhung des Hebesatzes um 0,9 Punkte auf 33,3 v.H. eingeplant. Tagesaktuell: Wie der heutigen Presseberichterstattung zu entnehmen ist, hat sich die Mehrheitsfraktion im Kreistag auf eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 1,3 Punkte (einschließlich 0,7 Punkte für die Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage) festgelegt. Dies führt für die Stadt Rheine zu einer Erhöhung des Ansatzes für die Kreisumlage von 1,14 Mio. Euro.

Mit der Kreisumlage finanzieren die Städte und Gemeinden hauptsächlich Sozialleistungen des Kreises und des Landschaftsverbandes. 73 % der Aufwendungen des Kreises und gut 80 % der Aufwendungen des Land-

schaftsverbandes bestehen aus sozialen Leistungen. Allein die Sozialhilfeaufwendungen im Kreis Steinfurt haben sich nach Angaben des Kreises im Vergleich von 2004 zu 2009 um 18,4 Mio. Euro oder 43,56 % erhöht. Die Ertragskraft der Kommunen, die – wie Sie gesehen haben – überwiegend aus Steuererträgen besteht, bleibt deutlich hinter dieser Entwicklung zurück. So sind beispielsweise die Erträge aus Steuern und Schlüsselzuweisungen der Stadt Rheine in diesem Zeitraum lediglich um 14,52 % gestiegen.

Die Ursachen liegen darin, dass ein Grossteil der Sozialleistungen nicht konjunkturabhängig, sondern Ausfluss der demographischen Entwicklung ist. Zu nennen sind hier die Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfen zur Pflege. Und in diesen Bereichen sind die anhaltend hohen Aufwandssteigerungen zu verzeichnen.

Gehen wir einmal davon aus, dass im Schnitt etwa 75 % unserer Kreislage zur Finanzierung der Sozialleistungen des Kreises und des Landschaftsverbandes erforderlich sind, so macht das im kommenden Jahr für Rheine einen Betrag von 21,3 Mio. Euro aus. Rechnet man die eigenen Transferaufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich von 26 Mio. Euro hinzu, so macht dies insgesamt einen Betrag von 47,3 Mio. Euro aus. Das entspricht rund 34 % der städtischen Gesamtaufwendungen oder 52 % der Erträge aus Steuern und Schlüsselzuweisungen. Gegenüber dem Vorjahr haben wir hier eine Zunahme von 4,3 Mio. Euro oder 10 % zu verzeichnen. Demgegenüber verbessern sich die Erträge aus Steuern nur um 6 %.

Meine Damen und Herren,
was möchte ich Ihnen hiermit verdeutlichen? Die Aufwendungen für soziale Leistungen sind trotz bislang hervorragender Wirtschaftsdaten der Sprengsatz für die Kommunalfinanzen! Die Grenzen der kommunalen Finanzierbarkeit sind längst erreicht. Da es sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, ist eine (Mit-)Finanzierung des Bundes dringend notwendig und einzufordern!

Als Abschluss meiner Ausführungen zum Ergebnisplan möchte ich Ihnen die Budgetübersicht für die Fach- und Sonderbereiche darstellen.

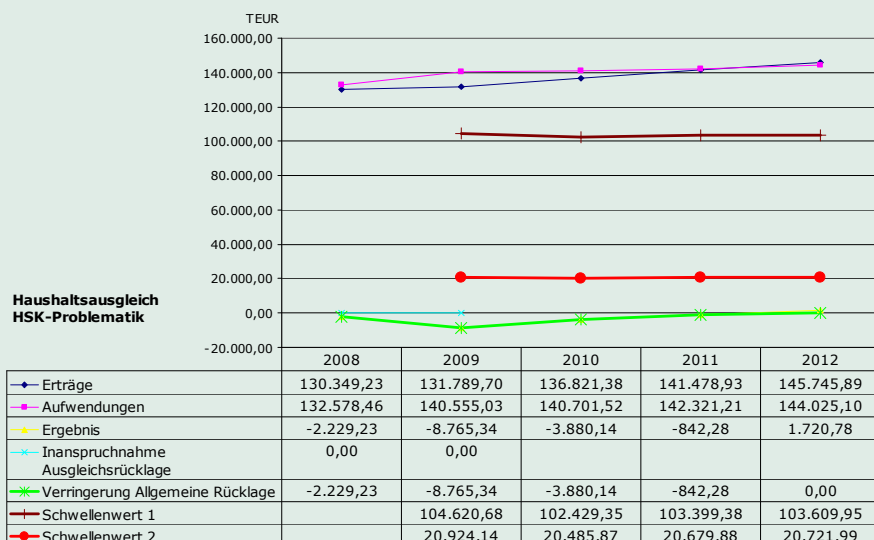
Budgetübersicht Ergebnisplan 2008 - 2012

	2008	2009	2010	2011	2012
0 - Politische Gremien u. Verwaltungsführung	-2.685	-2.751	-2.736	-2.734	-2.730
1 - Bildung, Kultur und Sport	-8.381	-8.837	-8.438	-8.309	-8.186
2 - Jugend, Familie, Soziales	-21.473	-23.220	-23.255	-24.120	-24.389
3 - Recht und Ordnung	-3.841	-4.070	-3.923	-4.008	-4.074
4 - Finanzen	3.531	3.416	3.378	4.021	3.808
5 - Planen und Bauen	-25.524	-26.627	-26.941	-27.020	-27.094
7 - Interner Service	-3.154	-3.382	-3.237	-3.241	-3.240
8- Wohn- und Grundstücksmanagement	-817	-704	-653	-645	-645
Bahnflächen	-36	27	14	14	56
Gesamtbudget	-62.380	-66.147	-65.790	-66.041	-66.495

Stadt Rheine
Leben an der Ems

Die Budgets der Fach- und Sonderbereiche erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Mio. €. Die notwendigen Budgetanpassungen haben wir Ihnen bereits im Rahmen der ausführlichen Sitzungsunterlagen zum Eckdatenbeschluss dargestellt und erläutert. Nachträglich notwendige Anpassungen können Sie der heutigen Sachdarstellung entnehmen. Insofern möchte ich hier auf weitere Einzelheiten nicht eingehen.

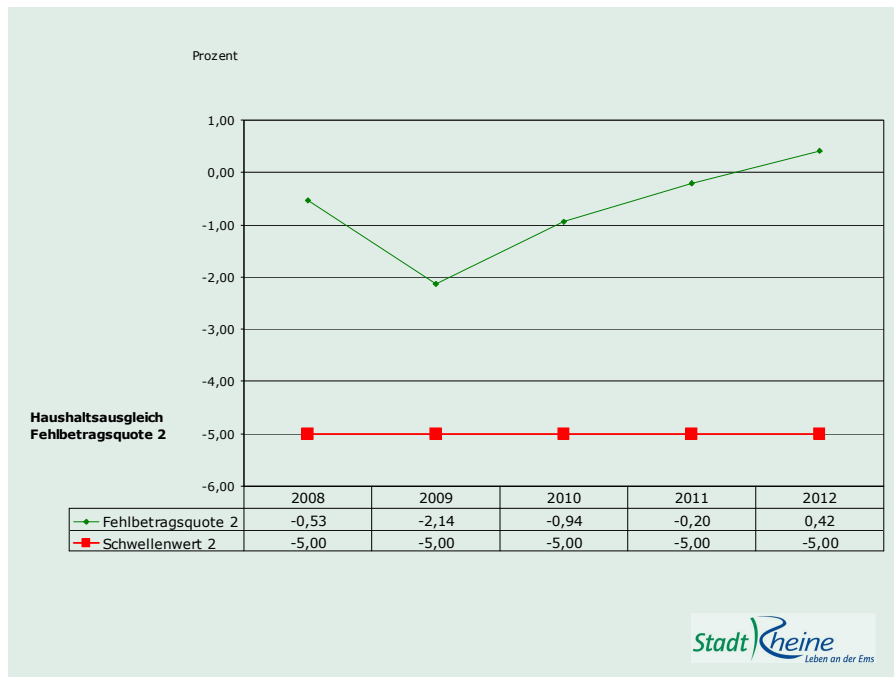
Meine Damen und Herren,
kommen wir nun zum Haushaltsausgleich.



Stadt Rheine
Leben an der Ems

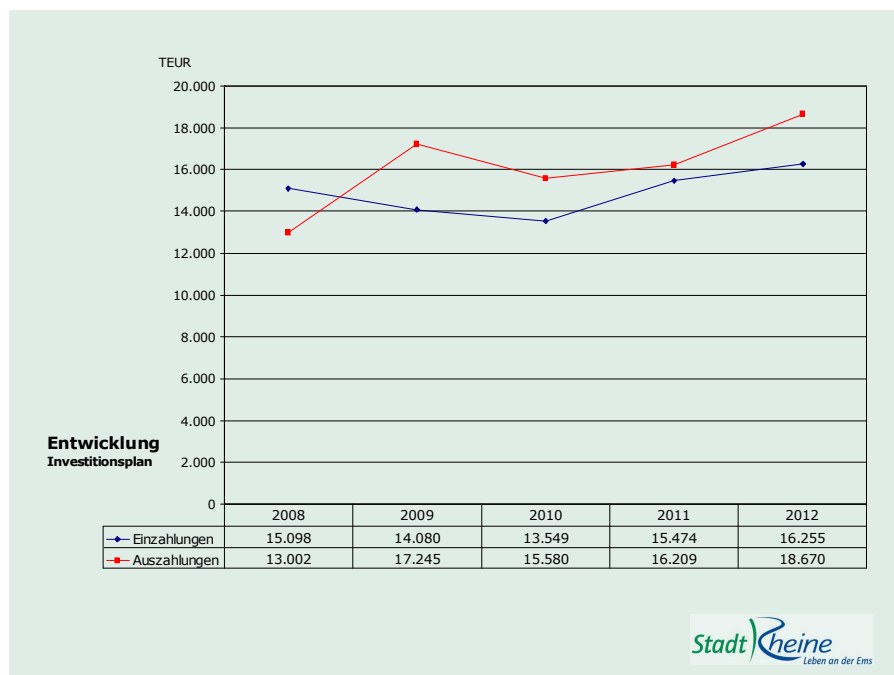
Der Entwurf des Ergebnisplans für 2009 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 8,8 Mio. Euro ab. Der Haushalt ist damit – wie schon in den Vor-

jahren – nicht ausgeglichen. Für die Abdeckung des Fehlbetrages ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgesehen, die zu einem entsprechenden Verzehr des Eigenkapitals führt. Damit unterliegt auch der Haushalt 2009 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.



Die maßgebenden Schwellenwerte werden nicht überschritten, so dass bezüglich der Genehmigung – wie schon in den Vorjahren – keine Probleme bestehen dürften.

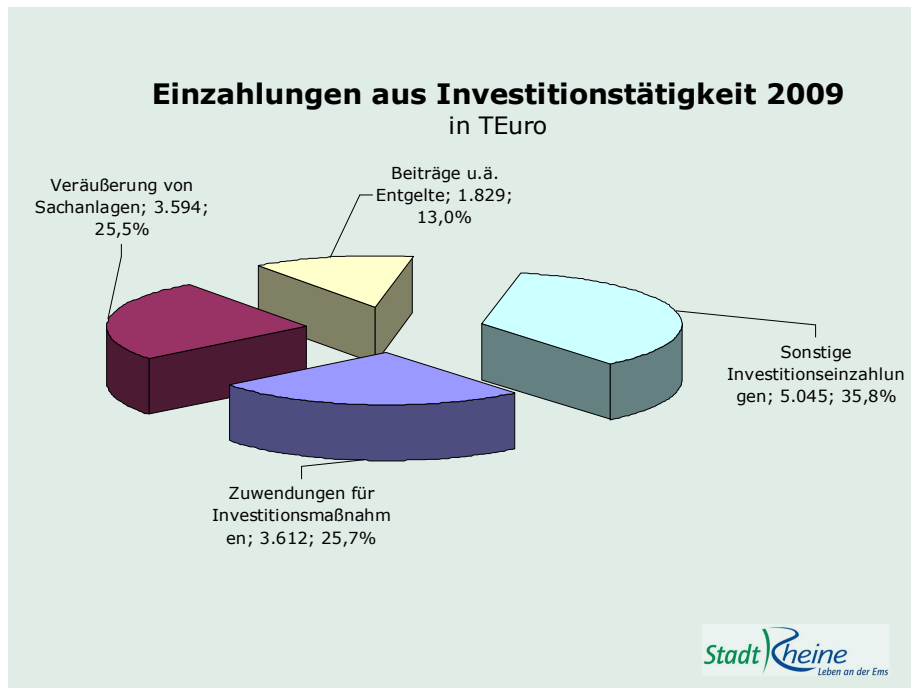
Nun möchte ich überleiten zum Investitionsplan.



Der Investitionsplan sieht für 2009 Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 17,2 Mio. Euro und damit 4,2 Mio. Euro mehr als im Vorjahr vor. Dem

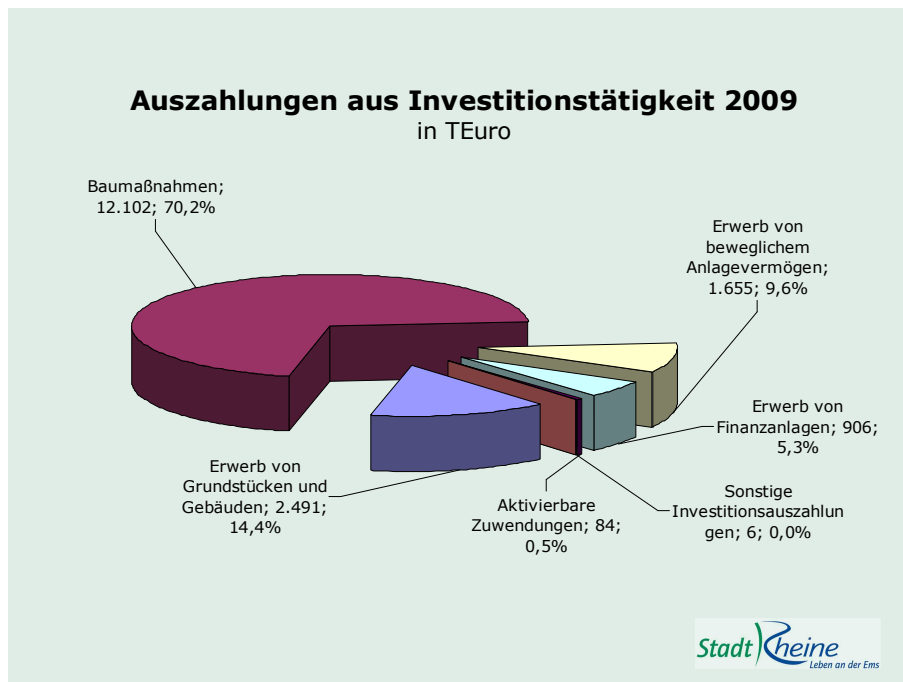
stehen allerdings nur Investitions-Einzahlungen in Höhe von 14,1 Mio. Euro gegenüber.

Ich möchte Ihnen zunächst die Einzahlungen vorstellen und erläutern.



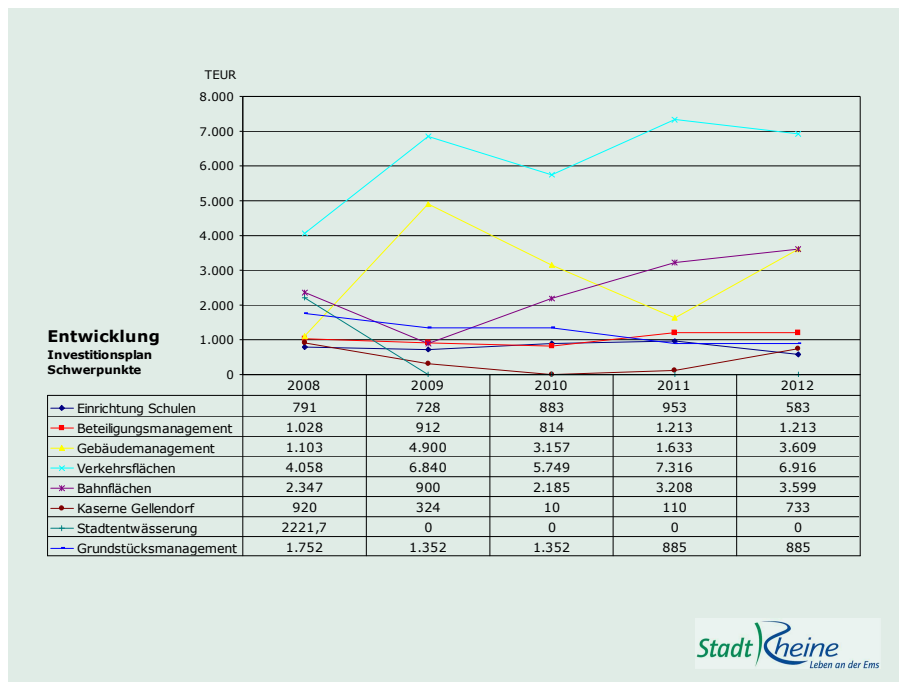
Mit 5,0 Mio. Euro oder 35,5 % sind sonstige Investitionseinzahlungen vorgesehen. Sie sind mit 4,1 Mio. Euro hauptsächlich auf die Tilgungsleistungen aus dem Trägerdarlehen an die AöR Technische Betriebe zurückzuführen. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden 3,6 Mio. € oder 25,5 % erwartet, hauptsächlich durch den Verkauf von Wohnbau- und Gewerbegrundstücken sowie aus dem seinerzeitigen Verkauf städtischer Wohnungen. Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen sind in einer Höhe von 3,6 Mio. Euro oder 25,7 % veranschlagt. Aus Beiträgen u.ä. werden 1,8 Mio. Euro oder 13 % erwartet.

Die Auszahlungen verteilen sich wie folgt:



Schwerpunkt sind mit 12,1 Mio. Euro die Baumaßnahmen. Dafür sind 4,1 Mio. Euro mehr als im Vorjahr vorgesehen. Damit wird die Stadt Rheine ihrer besonderen Aufgabe in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße gerecht. Ich knüpfe hier an meine Ausführungen zu Beginn meines Vortrages an. Für den Erwerb von Grundstücken sind 2,5 Mio. Euro vorgesehen, hauptsächlich für den Erwerb von Bahnflächen, aber auch für neue Baugebiete. 1,7 Mio. Euro stehen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung. Zu nennen sind hier insbesondere Einrichtungskosten im Schulbereich und Gerätebeschaffungen für die Feuerwehr. Die für den Erwerb von Finanzanlagen vorgesehenen 0,9 Mio. Euro stehen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Technischen Betriebe.

Ich möchte Ihnen nun die Investitionsschwerpunkte kurz überblicksartig darstellen.

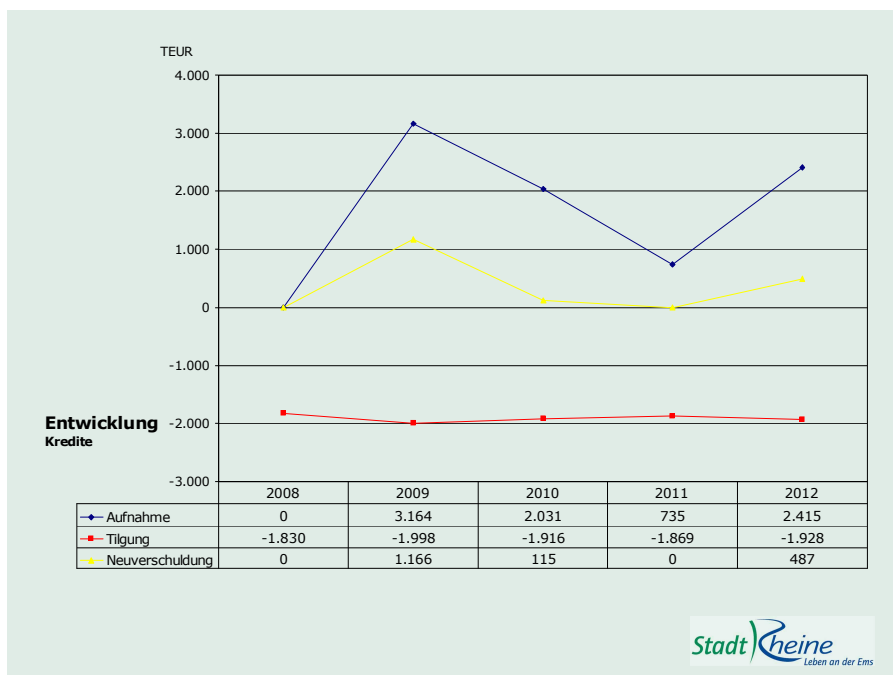


Die Investitionsschwerpunkte liegen überwiegend im Hoch- und Tiefbau-bereich.

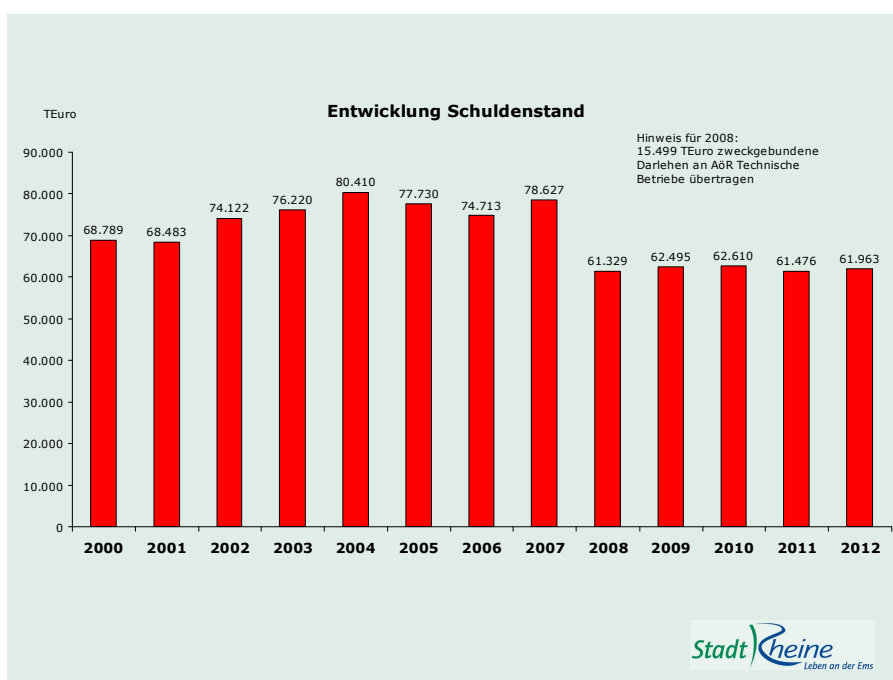
Beim Gebäudemanagement geht es insbesondere um vier große Projekte: Sporthalle Euregio-Gesamtschule, Erweiterung Kopernikusgymnasium, Erweiterung der Don-Bosco-Schule für den Ganztagsbetrieb und Neubau des Feuerwehrgerätehauses Mesum.

Bei den Verkehrsflächen liegen die Schwerpunkte im Ausbau von Straßen in neuen Wohnbaugebieten, dem Ausbau der Dutumer Straße und der Neuenkirchener Straße, dem Ausbau von Radwegen, der Umfeldgestaltung im Bereich des Seniorenzentrums Stadthalle und dem Bau der Hochwasserschutzmauer am Timmermanufer.

Beim Grundstücksmanagement geht es insbesondere um den Ankauf von Baugrundstücken. Daneben sind an die AöR Technische Betriebe zu leistende Kanalanschlussbeiträge für den Verkauf von Gewerbegrundstücken veranschlagt.



Zur Finanzierung der nach dem Planentwurf vorgesehenen Investitionen sind 2009 Kredite in Höhe von knapp 3,2 Mio. Euro erforderlich. Bei Kredittilgungen von 2,0 Mio. Euro wird sich 2009 der Schuldenstand voraussichtlich um 1,2 Mio. Euro erhöhen.



Der Schuldenstand wird damit Ende 2009 voraussichtlich 62,5 Mio. Euro betragen.

Für eine rückwärtige Betrachtung ist allerdings der angebrachte Hinweis zu der gravierenden Veränderung im Übergang von 2007 auf 2008 von besonderer Relevanz!

Erlauben Sie mir abschließend noch folgende Anmerkungen:

Der nun eingebrachte Haushalt 2009 mit der Finanzplanung bis 2012 steht für Solidität, Berechenbarkeit und Überschaubarkeit. Er gibt allerdings keinen Anlass zu übertriebenem Optimismus. Trotz zurückhaltender Schätzung der Ertragserwartungen besteht aus meiner Sicht Anlass zur Sorge, ob die Planungsannahmen mit der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung tatsächlich in Übereinstimmung gebracht werden können. In dieser Situation sind alle Verantwortlichen in Verwaltung und Politik zur Mäßigung und Zurückhaltung verpflichtet, um die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Rheine nicht zu gefährden. Andererseits stellen wir uns mit diesem Haushalt der Verantwortung im Rahmen der augenblicklichen gesamtwirtschaftlichen Situation, investieren in hohem Maße in die städtische Infrastruktur und stützen damit auch die heimische Wirtschaft. Dabei darf man nicht vergessen, dass die maßgebenden Investitionsentscheidungen hierfür überwiegend bereits mit dem vorhergehenden Haushalt 2008 getroffen wurden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! und wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen.